

Facility for Antiproton and Ion Research (FAIR)

Auftragnehmer:

SAP-Hauptvertrags-Nr.:

Vergabeeinheit:

Nachtragsnummer:

Nachtragsbezeichnung:



3. Prüfbericht Nachtragsmanagement



FAIR Site & Buildings, Planckstr. 1, 64291 Darmstadt

Facility for Antiproton and Ion Research in
Europe GmbH
Planckstraße 1
64291 Darmstadt

FAIR Site & Buildings
Vertragsmanagement (ext.)
Planckstr. 1
64291 Darmstadt

Tel.: +49 6159 71 2479
Fax: +49 6159 71 3916
partner_thomas.burkhard@
fair-center.eu

Ihre Zeichen:

Unsere Zeichen: TB/KI/V14/pna01

Datum: 08.03.2018

Bauvorhaben: Neubau Facility for Antiproton and Ion Research (FAIR)

Vertrag: [REDACTED]

Auftragnehmer: A [REDACTED]

Hier: Prüfbericht Nachtragsangebot [REDACTED] vom: [REDACTED]

Thema: [REDACTED]

VORBEMERKUNGEN:

Das vorliegende Minderkostenangebot N [REDACTED] der [REDACTED], nachfolgend AN genannt, wurde ursprünglich am [REDACTED] als Minderkostennachtragsangebot eingereicht. Aufgrund diverser abzustimmender technischer Sachverhalte und zur Minimierung möglicher Risiken wurden mehrere Aufklärungsgespräche geführt. Nach Klärung der Fragestellungen wurde am [REDACTED] das Minderkostennachtragsangebot [REDACTED] durch den AN eingereicht. Aufgrund weiterer Unstimmigkeiten in den Nachtragsunterlagen wurde der AN erneut aufgefordert die Unterlagen zu überarbeiten und erneut in Gänze einzureichen. Die korrigierten Unterlagen wurden als [REDACTED] durch den AN mit Datum 3 [REDACTED] beim Auftraggeber, nachfolgend AG genannt, eingereicht.

Dieses Minderkostennachtragsangebot umfasst [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Der Unterschied zum Bausoll ist maßgebend dadurch definiert, dass d [REDACTED]
[REDACTED]. Darüberhinaus ergibt sich eine weitere
Abweichung vom beauftragten Bausoll i [REDACTED]

Wie zuvor beschrieben wurden im Zuge der Nachtragsprüfung mehrere Aufklärungsgespräche abgehalten. Hierbei wurden durch den AG,

Der dem Nachtrag als

wurde durch die BÜ sowie durch das NAM überprüft und die Inhalte mit dem AN abgestimmt. Durch den Nachtrag und die vereinbarten Termine ergeben sich keine Auswirkungen auf die Termine der Realisierung der Gebäude.

Zum Beleg der Urkalkulation wurde vom AN vorgelegt:

Auf Nachfrage des NAM wurde die Urkalkulation zur preislichen Prüfung durch den AN zur Verfügung gestellt. Bei Sichtung der angebotenen Preise der Nachtragspositionen

Für eine genaue Aufschlüsselung der Pauschalpreise nach Einheitspreisen wurde im Zuge der Nachtragsprüfung die Urkalkulation des Nebenangebotes und des Amtsentwurfes eingesehen. Die in der Nachtragskalkulation aufgerufenen Preise entsprechen den in der Urkalkulation des

Nebenangebotes und des Amtsentwurfes angebotenen Preisen.

Zum Beleg der Nachtragskalkulation wurde vom AN vorgelegt:

Durch den AN wurden Nachtragsleistungsverzeichnisse und -kalkulationen als Grundlage für die Preisermittlung beigelegt. Diese wurden durch die BÜ geprüft und bestätigt sowie zusammen mit dem Formblatt Nachtragsprüfung für Ausführende Unternehmen dem NAM als Anlagen zum Prüfbericht übersendet.

Zuschlagsätze/Kalkulationslohn:

Die Zuschlagssätze wurden anhand der Urkalkulation des Nebenangebotes und des Amtsentwurfes überprüft und werden bestätigt. Die einzelnen Zuschlagssätze der NA-Positionen wurden durch den AN je nach Zugehörigkeit dem Nebenangebot oder dem Amtsentwurfes zugeordnet, durch die BÜ geprüft und werden durch die PS und das NAM bestätigt.

Mengenüberprüfung:

Die angesetzten Mengen wurden durch die BÜ geprüft und bestätigt. Die Stellungnahme der BÜ liegt der Prüfberichtakte unter 5. - Stellungnahme BÜ / Planer bei.

Nachlässe:

Es ist kein Nachlass vereinbart.

Verteiler:

- Akte NM
- AG

Hier folg im Original das Leistungsverzeichnis des NACHtragsangebots mit Prüfanmerkungen

ZU DEN EINZELNEN POSITIONEN:

Pos.

Begründung:

[REDACTED]

Anspruchsgrundlage gemäß VOB/B

[REDACTED]

Ausnahmetatbestand gemäß § 132 GWB:

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

ich,

[REDACTED]

[REDACTED]

Einzelprüfung:

[REDACTED]

Beauftragungsempfehlung:

(NA: 1 psch. x [REDACTED] = [REDACTED] €
1 psch. x [REDACTED] € = [REDACTED] €)

Im Original folgen 24 weitere Seiten zur Prüfung aller Positionen des Nachtragsangebots

GESAMTNACHTRAGSSUMME:

Wie in den Vorbermerkungen zu diesem Prüfbericht erwähnt, ist die Mengenüberprüfung auf Plausibilität durch die BÜ bereits erfolgt. Aufgrund der einvernehmlich mit dem AN abgestimmten Korrekturen ergibt sich eine Gesamtnachtragssumme in Höhe [REDACTED] im Vergleich zu den entfallenen Leistungen [REDACTED]

Die Minderkosten belaufen sich nach Prüfung auf [REDACTED]

[REDACTED]

Wie bereits mitgeteilt wurden im Rahmen der Nachtragsprüfung Korrekturen innerhalb der Nachtragskalkulation bezüglich der Leistungs- und Preisansätze, sowie der Aufwandswerte durchgeführt. Die Korrekturen wurden mit dem AN besprochen, durch diesen bestätigt und im Nachtragsangebot wie auch in der Prüfung berücksichtigt.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Prüfungsmatrix zu § 132 GWB¹
für Vertragsänderungen bei EU-weiten Vergabeverfahren
(Bauleistungen, Liefer- und Dienstleistungen)

Teilbauleistung/Gewerk:		
Auftragnehmer: [REDACTED]	Nachtrags-Nr. [REDACTED]	Datum Nachtrag/Nachtrags- angebot: [REDACTED]
Vertragsnummer: [REDACTED]	Höhe der Nachtragsforderung: [REDACTED]	
Bezeichnung der Leistungsänderung: [REDACTED]		

Allgemeiner Hinweis:

In den nachfolgenden Prüfungsstufen haben alle Anmerkungen und Begründungen so zu erfolgen, dass ein am Vorhaben nicht Beteiligter sie ohne Weiteres versteht.

I. Wesentliche Vertragsänderung?

Liegt eine wesentliche Änderung des Auftrags während der Vertragslaufzeit gemäß § 132 Abs. 1 GWB vor?

Hinweis:

In einem ersten Schritt sind die Beispiele für eine wesentliche Vertragsänderung (nachfolgend unter lit. a) – keine abschließende Aufzählung!) zu prüfen. In einem zweiten Schritt ist die Generalklausel (nachfolgend unter lit. b) zu prüfen.²
Die Voraussetzungen lit. a), aa), bb), cc), dd) und aaa), bbb), ccc) und lit. b) können jeweils alternativ vorliegen.

- a) Eine wesentliche Änderung ist insbesondere gegeben, wenn:
- aa) durch Änderung Bedingungen neu eingeführt werden, die im ursprünglichen Vergabeverfahren,
 aaa) die Zulassung anderer Bewerber oder Bieter ermöglicht hätten

Begründung:

Nein	Ja
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

¹ Bei Bauleistungen gilt auch die identische Vorschrift des § 22 EU VOB/A.

² Die Generalklausel kann erfüllt sein, selbst wenn keines der Beispiele gegeben sein sollte. Es ist immer nach den Umständen des Einzelfalls zu prüfen, ob eine „wesentliche Änderung“ gegeben ist. Dabei ist eine Bewertung dahingehend vorzunehmen, ob die Änderung dem Abschluss eines neuen Vertrages gleichsteht. Dies kann beispielsweise bei einer nennenswerten Entgelterhöhung der Fall sein (ist in jedem Fall gegeben, wenn der EU-Schwellenwert erreicht wird), aber auch reine inhaltliche Änderungen des Vertrages betreffen.

[Redacted]

st.
br.

oder

bbb) die Annahme eines anderen Angebots ermöglicht hätten

Begründung:

[Redacted]

oder

ccc) das Interesse weiterer Teilnehmer am Vergabeverfahren geweckt hätten

Begründung:

[Redacted]

oder

bb) mit Änderung das wirtschaftliche Gleichgewicht zugunsten des Auftragnehmers in einer Weise verschoben wird, die im ursprünglichen Auftrag nicht vorgesehen war

[Redacted]

oder

cc) mit Änderung wird Umfang des öffentlichen Auftrags erheblich ausgeweitet

[Redacted]

oder

dd) ein neuer Auftragnehmer ersetzt den bisherigen

[Redacted]



b)	<u>oder</u>		
	Generalklausel: Wesentlich sind Änderungen, die dazu führen, dass sich der öffentliche Auftrag erheblich von dem ursprünglich vergebenen öffentlichen Auftrag unterscheidet.		
		<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Schlussfolgerungen aus vorstehenden Angaben:

Alle Prüfschritte sind mit „Nein“ beantwortet:
Anordnung/Beauftragung der Leistungsänderung ist vergaberechtsfrei möglich.
Wird die Prüfung unter II fortgesetzt, erfolgt dies rein vorsorglich.

Ein oder mehrere Prüfschritte sind mit „Ja“ beantwortet:
Auftragsvergabe ist grundsätzlich nur nach Durchführung eines neuen Vergabeverfahrens zulässig!
Aber: Es ist weiter zu prüfen, ob eventuell eine der nachfolgenden Fallgruppen unter II 1 bis 4 erfüllt ist!

II. Eventuelle Ausnahmen bei Vorliegen einer wesentlicher Vertragsänderung:

1. Fall des § 132 Abs. 2 Nr. 1 GWB (Änderungsoption ist in den Vertragsunterlagen vorgesehen)?

Hinweis:

Die nachfolgenden Voraussetzungen (a+b+c) müssen alle kumulativ vorliegen.

	Ja	Nein
a) Änderungsoption ist im ursprünglichen Vertrag oder der Leistungsbeschreibung vorgesehen <i>Begründung:</i>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<u>und</u>		
b) Änderungsoption ist Klar, präzise und eindeutig formuliert und enthält die Angaben zu Art, Umfang und Voraussetzung möglicher Leistungsänderungen <i>Angabe zur konkreten Fundstelle:</i> <i>Weitere Angaben/Anmerkungen:</i>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<u>und</u>		
c) Gesamtcharakter des Auftrages bleibt unverändert <i>Begründung:</i>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Schlussfolgerungen aus vorstehenden Angaben:

Alle Prüfschritte mit „Ja“ beantwortet:
Anordnung/Beauftragung der Leistungsänderung ist vergaberechtsfrei möglich.

Ein oder mehrere

2. Fall des § 132 Abs. 2 Nr. 2 GWB (Erforderliche zusätzliche Leistungen)?

Hinweis:

Nachfolgende Voraussetzungen (a+b+d+e+f oder a+c+d+e+f) müssen vorliegen.

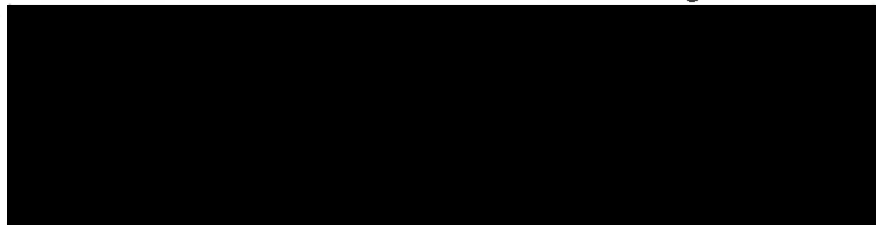
a) Erforderliche zusätzliche Leistungen

Begründung:

und

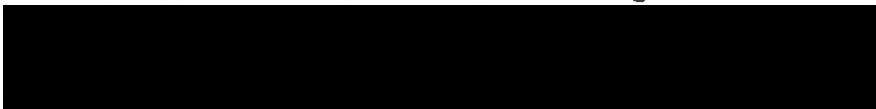
Wechsel des AN

b) kann aus wirtschaftlichen Gründen³ nicht erfolgen



oder

c) kann aus technischen Gründen⁴ nicht erfolgen



und

d) ist mit erheblichen Schwierigkeiten oder Zusatzkosten verbunden



und

e) Nachtragswert ≤ 50 % des ursprünglichen Auftrags (Grenze gilt für jede Änderung einzeln)

Begründung:



und

f) Nach § 132 Abs. 5 GWB hat eine Bekanntmachung der Änderung im EU-Amtsblatt zu erfolgen **HINWEIS: Die Bekanntmachung ist Voraussetzung für die rechtliche Wirksamkeit dieses Ausnahmetatbestandes!**

³ „Nicht erfolgen können“ meint, es liegt zwar keine wirtschaftliche Unmöglichkeit vor, jedoch wäre ein Wechsel aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten unzumutbar; dies können sein

- terminliche oder ablaufbezogene Gründe
- Einschränkung von Garantien oder Gewährleistungsansprüchen

⁴ Z. B. technische Schnittstellen lassen es nicht zu, dass ein weiteres Unternehmen tätig wird.

Schlussfolgerungen aus vorstehenden Angaben:

Alle Prüfschritte mit „Ja“ beantwortet:

Anordnung/Beauftragung der Leistungsänderung ist vergaberechtlich möglich.

Ein oder
mehrere
Prüfschritte
mit „Nein“
beantwortet:



Prüfung
3. Fall

3. Fall des § 132 Abs. 2 Nr. 3 GWB?

Hinweis:

Nachfolgende Voraussetzungen (a+b+c+d) müssen kumulativ vorliegen.

- a) Umstände, die AG im Rahmen seiner Sorgfaltspflicht nicht vorhersehen konnte⁵, führen zu Nachtragsanspruch wg. geänderter oder zusätzlicher Leistungen

Begründung:

[Redacted]



und

- b) Gesamtcharakter des Auftrags bleibt unverändert

Begründung:

[Redacted]



und

- c) Nachtragswert $\leq 50\%$ des ursprünglichen Auftrags (Grenze gilt für jede Änderung einzeln)

Begründung:

[Redacted]



und

- d) Nach § 132 Abs. 5 GWB hat eine Bekanntmachung der Änderung im EU-Amtsblatt zu erfolgen
HINWEIS: Die Bekanntmachung ist Voraussetzung für die rechtliche Wirksamkeit dieses Ausnahmetatbestandes!

Schlussfolgerungen aus vorstehenden Angaben:

Alle Prüfschritte mit „Ja“ beantwortet:

⁵ Es kommt nicht auf eine absolute Sorgfaltspflicht an, sondern darauf, dass ein objektiv sorgfältig handelnder AG, der trotz nach vernünftigem Ermessen sorgfältiger Vorbereitung der Leistungsbeschreibung, des LV, der Pläne und sonstigen Vertragsunterlagen die Umstände nicht vorhersehen konnte.

Ein oder
mehrere
Prüfschritte
mit „Nein“
beantwortet:



Prüfung
4. Fall

4. Fall des § 132 Abs. 3 GWB (De-Minimis-Regelung)?

Hinweis:

Die nachfolgenden Voraussetzungen (a+b+c) müssen alle kumulativ vorliegen.

a) **Gesamtcharakter des Auftrags bleibt unverändert**

Begründung:

☐
☐

und

b) **Wert der Änderungen überschreitet § 106 GWB nicht**

Der EU-Schwellenwert bei Bauleistungen beträgt für das Gesamtbauvorhaben EUR 5,548 Mio. (netto) und für das einzelne Los EUR 1,00 Mio. (netto). Der EU-Schwellenwert bei Liefer- und Dienstleistungen beträgt für die Gesamtmaßnahme EUR 221.000,00 (netto) und für das einzelne Los EUR 80.000 (netto).

Begründung:

☐
☐

und

c) **Wert der Änderung ≤ 15 % des ursprünglichen Auftragswertes (bei mehreren Änderungen ist der Gesamtwert der Änderungen maßgeblich)**

Begründung:

☐
☐

Schlussfolgerungen aus vorstehenden Angaben:

Alle Prüfschritte mit „Ja“ beantwortet:

Anordnung/Beauftragung der Leistungsänderung ist vergaberechtsfrei möglich:

Ein oder mehrere Prüfschritte mit „Nein“ beantwortet:

Auftragsvergabe ist nur nach Durchführung eines neuen Vergabeverfahrens zulässig!

Zusammenfassung:

- I. ☒ Anordnung/Beauftragung der Leistungsänderung gemäß § 132 Abs. 1 GWB
vergaberechtsfrei möglich

Ggf. erforderliche Bekanntmachung der Leistungsänderung

erfolgt am

Bekanntmachungs-Nr. (siehe Anlage)

II. ☐ Auftragsvergabe nur nach Durchführung eines neuen Vergabeverfahrens

(siehe gesonderte Dokumentation)

Ort/Datum: [REDACTED]

Name: [REDACTED] **Tel.:** [REDACTED]

Unterschrift: [REDACTED] _____